


BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 3 • 68. JG, AUGUST 2017

SPÖ OÖ-Info-Nr. 3/2017 • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • Erscheinungsort Linz • SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1



**„Jeder hat
das Recht auf
ein gutes
Leben!“**

Wahl 2017:

Bewegung
als PR-Gag

Seite 10

Internet:

Fakten
statt Hetze

Seite 12

upart

Platz für große und kleine Wünsche.*

**Die HYPO Wohubau-Finanzierung erfüllt Wohnträume. Mit Top-Konditionen, Beratung und Fördermöglichkeiten.*

HYPO
OBERÖSTERREICH

  www.hypo.at vertrieb@hypo-ooe.at Tel. 0732 / 7639 54452

Wir schaffen mehr Wert.

Engelische Einschaltung

WIR SIND
da, wo Sie
DAHEIM
sind.
SEIT 125 JAHREN


Leo Jindrak
Konditormeister
Linz

Spezialitäten aus der Region. Mein Erdgas von der Energie AG.

Regionale Partnerschaft lohnt sich. So wie die Konditorei Jindrak mit heimischen Spezialitäten Erfolg hat, setzt auch die Energie AG auf regionale Stärke. Als verlässlicher, heimischer Partner versorgen wir die Oberösterreicher nicht nur mit Strom, sondern auch mit Erdgas. Mehr darüber erfahren Sie unter www.energieag.at

ENERGIE AG
Oberösterreich

Wir denken an morgen

 [.com/wirdenkenanmorgen](https://www.facebook.com/wirdenkenanmorgen)

Wahlkampf mit Inhalten

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Vom Wiener Bürgermeister Michael Häupl stammt der oft zitierte Sager „Wahlkampf ist Zeit fokussierter Unintelligenz“. Schaut man auf Plakate, liest man Inserate und hört sich Aussagen von KandidatInnen an, dann muss man zwangsläufig zu diesem Schluss kommen. Angetrieben werden die Wahlkampfbotschaften meist von der simplen Idee, möglichst vielen WählerInnen nach dem Mund zu reden, aber auch von einschlägigen Erwartungen von Medien oder von WahlkampfberaterInnen. Und somit kommt man schnell zum Schluss, dass es sich eben um fokussierte Unintelligenz handelt.

Im Wahlkampf geht es manchmal aber auch um Ideen, Pläne und Konzepte, wie denn die Zukunft politisch gestaltet werden soll. Oder es sollte zumindest darum gehen, denn die Wahlergebnisse liefern entsprechende Weichen-

stellungen. Daher haben wir versucht, in dieser Ausgabe des Bildungskuriers Fragen nachzugehen, die wirklich gesellschaftlich relevant sind. Wir gehen der Migrationsthematik nach ohne einfach „Mittelmeerroute schließen“ zu sagen. Wir beschäftigen uns mit der Frage des Reichtums in

unserer (reichen) österreichischen Gesellschaft. Natürlich geht es auch direkt um Wahlkampf, Parteien und so weiter.

Wir möchten mit diesem Bildungskurier dazu beitragen, dass Wahlkampfzeiten eben nicht Zeiten der fokussierten Unintelligenz sind, sondern Zeiten der politischen Konzepte und der inhaltlichen Auseinandersetzung.

Aufgrund des festgelegten Redaktionsschlusses konnten wir uns nicht mehr mit der „Liste Pilz“ beschäftigen, die angeblich neue Volkspartei wird aber unter die Lupe genommen.

„Wahlkampf ist die Zeit der politischen Konzepte und der inhaltlichen Auseinandersetzung.“

Inhalt

- 4 **Interview:** Bundeskanzler Christian Kern steckt seine Hauptthemen ab.

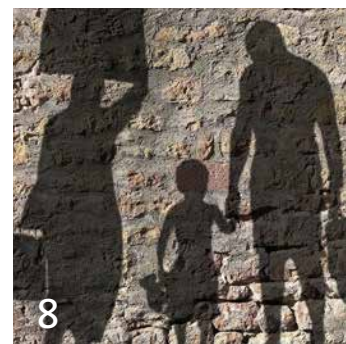
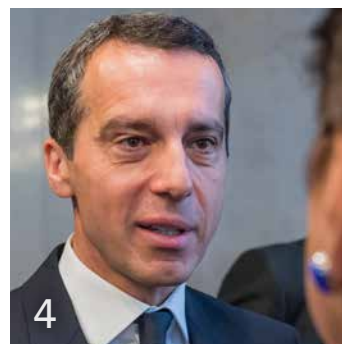
- 6 **Umverteilung:** Warum es höchste Zeit ist, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, erklärt der Sozialwissenschaftler Georg Hubmann.

- 8 **Migration:** Wie Investitionen jetzt die fluchtbedingte Migration in Zukunft verhindern könnten, beschreibt Jutta Kepplinger, Geschäftsführerin des Nord-Süd-Institutes.

- 9 **Schule:** Dass Bildung nach wie vor vererbt wird, prangert Franz Turek, Landesvorsitzender der SLÖ an.

- 10 **Analyse:** Was ist dran an der „Wahlbewegung“ von Sebastian Kurz? Dieser Frage geht Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobsberger nach.

- 12 **Internet:** Die Hintergründe von „Fake News“ und geschürtem Hass im Internet durchleuchtet MEP Josef Weidenholzer.



Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobsberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kemptner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch • **Hersteller:** Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 03/17, August, SPÖ ÖÖ-Info-Nr. 3/2017, GZ 02Z032837 M, P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ ÖÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



klimaneutral gedruckt

CP IKS-Nr.: 53401-1603-1037

„Jeder hat das Recht auf ein gutes Leben!“

Wie sollen die Menschen in Österreich vom Aufschwung profitieren?

Wie stehen die Chancen der SPÖ bei der Nationalratswahl?

Diese und weitere Fragen stellt der Bildungskurier an den SPÖ-Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Christian Kern.

Bildungskurier: Herr Bundeskanzler, die Österreicherinnen und Österreicher wählen im Herbst einen neuen Nationalrat. Mit welcher Ansage gehst du ins Rennen?

Christian Kern: Am 15. Oktober werden die Karten in diesem Land völlig neu gemischt. Denn diese Wahl wird eine wichtige Richtungsentscheidung für Österreich. Es geht darum, ob unser Land weiter auf einem fortschrittlichen Kurs bleibt oder ob wir einen Rückfall zu Schwarz-Blau erleben – einer Zeit, die unserem Land bekanntlich erheblich geschadet hat. Mein Ziel ist daher klar: Wir wollen als SPÖ Erste werden und Österreich wieder an die Spitze bringen! Denn wir wollen ein Österreich, in dem nicht die Günstlinge und ohnehin schon Privilegierten profitieren, sondern in dem die wahren LeistungsträgerInnen zum Zug kommen. Und das sind jene 95 Prozent unserer Gesellschaft, die sich jeden Tag anstrengen müssen und hart arbeiten. Es ist Zeit, dass alle ÖsterreicherInnen davon profitieren, in einem der

„Wir wollen ein Österreich, in dem nicht die Günstlinge und ohnehin schon Privilegierten profitieren, sondern in dem die wahren LeistungsträgerInnen zum Zug kommen.“

reichsten Länder der Welt zu leben. Denn alle haben das Recht auf ein gutes Leben. Das drückt auch unser Slogan „Damit Sie bekommen, was Ihnen zusteht“ am besten aus. Wir stehen für die ein, die endlich bekommen sollen, was ihnen zusteht – und nicht für die, die Millionen erben.

Bildungskurier: Wie schätzt du die Chancen für ein erfolgreiches Abschneiden bei den kommenden Nationalratswahlen ein?

Christian Kern: Ich bin überzeugt, dass wir gute Chancen haben, am 15. Oktober als Erste durchs Ziel zu gehen. Und ich weiß, dass wir das nur gemeinsam erreichen können, Seite an Seite, Schulter an Schulter. Ich habe bei meinen Besuchen in den Bundesländern viele hochmotivierte Menschen getroffen. Daraus beziehe ich enorm viel Kraft und Zuversicht. Und wir haben auch die richtigen Konzepte für Österreich. Wir haben in den letzten Monaten zum Beispiel mit der Abschaffung des ungerechten Pflegeregresses, der Bildungsreform oder dem Beschäftigungsbonus gezeigt, was alles weitergeht, wenn die Sozialdemokratie Verantwortung für Österreich trägt. Ich denke, dass die Wählerinnen und Wähler sehr gut wissen, was sie von uns erwarten können.

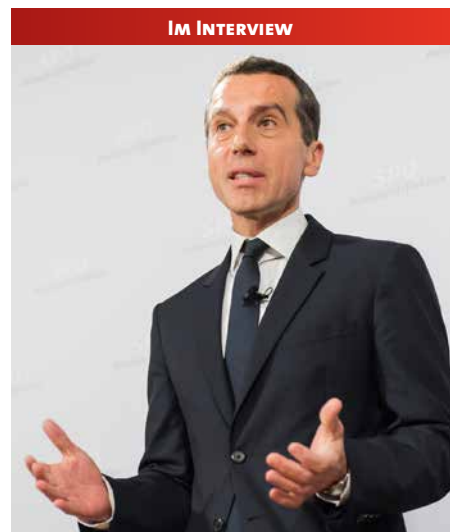
Bildungskurier: Du sprichst konkret den Plan A für Österreich an?

Christian Kern: Ja, ich rede vom Plan A, den ich im Jänner vorgestellt habe und den ich in den vergangenen Monaten durch viele Inputs und Gespräche weiterentwickelt habe. Im Plan A sind auf 209 Seiten Ideen enthalten, die das Land ein ordentliches Stück nach vorne bringen und die Menschen ganz konkret in ihrem täglichen Leben unterstützen. Das unterscheidet mich auch von dem einen oder anderen politischen Mitbewerber.

Bildungskurier: Starke inhaltliche Aussagen hat es auch beim SPÖ-Parteirat gegeben.

Christian Kern: Beim Parteirat habe ich das Wahlprogramm der SPÖ vorgestellt

IM INTERVIEW



Christian Kern

wurde am 17. Mai 2016 als Bundeskanzler angelobt. Nach Stationen im Journalismus und als Mitarbeiter im Parlament und Bundeskanzleramt startete Kern 1997 seine Laufbahn in der Energiewirtschaft. Beim Verbund, dem größten Energieversorger Österreichs, stieg er bis zum Konzernvorstand auf (2007). Von dort wechselte er 2010 als Vorstandsvorsitzender zu den ÖBB (Österreichische Bundesbahnen). Christian Kern ist verheiratet und Vater von 4 Kindern.

und dabei ganz deutlich klargemacht, wie ich dafür sorgen will, dass der Aufschwung bei allen Menschen ankommt. Wir haben aber nicht nur klare Inhalte, sondern auch starke SpitzenkandidatInnen. Wir gehen mit einem vielfältigen, kompetenten und äußerst engagierten Team aus erfahrenen und neuen Persönlichkeiten in die Nationalratswahl, die ein starkes Angebot für die Österreicherinnen und Österreicher sind. Auch beim Frauenanteil werden wir einen großen Sprung vorwärts machen.

Bildungskurier: Inhalte sind nicht für alle im politischen Wettbewerb das Thema Nummer eins – Stichwort Flüchtlingskrise.

Christian Kern: Ja, es gibt die, die tagein, tagaus am liebsten nur über Flüchtlinge reden wollen. Keine Frage: Diese Herausforderung müssen wir gemeinsam bewältigen. Auch dazu habe ich einen Plan vorgelegt. Aber wer redet darüber, wie wir Jobs, leistbare Wohnungen, sichere Pensionen und die beste Bildung für unsere Kinder schaffen? Das ist die Sozialdemokratie. Wir kämpfen für die, die uns brauchen!

Bildungskurier: Wie willst du dafür sorgen, dass die Menschen auch wirklich vom Aufschwung profitieren? In Österreich ist etwa die Steuerbelastung auf Einkommen im internationalen Vergleich sehr hoch – ist hier eine Entlastung geplant?

Christian Kern: Das Steuersystem ist zu weich zu Konzernen und großen Vermö-

gen und gleichzeitig ungerecht zur hart arbeitenden Mittelschicht. Der Faktor Arbeit soll daher stark entlastet werden, etwa, indem die ersten 1.500 Euro steuerfrei werden. Und wir brauchen drei Milliarden Euro Erleichterungen bei den Lohn-

„Das Steuersystem ist zu weich zu Konzernen und großen Vermögen.“

nebenkosten, damit kurbeln wir die Schaffung von Arbeitsplätzen noch einmal gehörig an. Für die ArbeitnehmerInnen will ich bessere Bedingungen, zum Beispiel volle Überstundenzuschläge auch für Teilzeitbeschäftigte und einen fairen Lohn für Frauen. Denn Arbeit darf nicht Lohnsklaventum bedeuten. Auf der anderen Seite will ich, dass globale Konzerne, die sich de facto ihrer Steuerpflicht entziehen, stärker in die Pflicht genommen werden. Mit einer fairen Steuer auf Erbschaften

in einer Höhe von mehr als einer Million Euro will ich die Finanzierung der Pflege sicherstellen. Und nicht zuletzt brauchen wir eine massive Reform der Verwaltung nach dem Prinzip: ein Bereich, eine Zuständigkeit.

Bildungskurier: Der ÖVP-Obmann plant 14 Milliarden Euro Einsparungen. Ist das deiner Meinung nach realistisch?

Christian Kern: Wenn ÖVP-Obmann Kurz 14 Milliarden einsparen will, klingt das wie eine gefährliche Drohung. Wir kennen das schon von Schwarz-Blau: Heraus kamen Kürzungen bei den Pensionen, bei der Gesundheit, bei Sozialleistungen. Dazu darf es nicht noch einmal kommen. Über allen Plänen, die ich vorgestellt habe, steht der Gedanke, unser Land besser, moderner, gerechter zu machen. Österreich steht gut da, aber es braucht auch Veränderung – mit Fingerspitzengefühl und Blick auf den sozialen Ausgleich. Dafür bin ich in die Politik gegangen und dafür werde ich kämpfen.



Die Welt der Superreichen

„Wir sind die 99 Prozent“ - mit diesem Slogan machte die Occupy Wall Street Bewegung während der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen aufmerksam. Zwar ist der Abstand zwischen reichen und armen Nationen gesunken, die Schere innerhalb einzelner Länder hat sich aber dramatisch geöffnet.

GEORG HUBMANN

Mehrmals im Jahr erscheinen Rankings der reichsten Menschen. Nimmt man beispielsweise die Aufstellung für Österreich aus dem Wirtschaftsmagazin „trend“, dann besitzen die 33 MilliardärInnen in Österreich ein Vermögen von 119 Milliarden Euro, Tendenz stark steigend. Ihr Vermögen wächst um gut zehn Milliarden Euro im Jahr. Wie extrem die Vermögenskonzentration ist, zeigt sich bei einem Blick auf das reichste Prozent der Bevölkerung. Dieses eine Hundertstel verfügt über 37 Prozent des gesamten Vermögens in Österreich. Zum Vergleich: Die ärmeren 50 Prozent besitzen nur 2,2 Prozent des Vermögens. Das sind gerade einmal die „Krümel vom Kuchen“.

„Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhang.“

Die Schere geht immer weiter auf, denn während die Reallöhne seit gut zwei Jahrzehnten stagnieren, verdient einer aus der Gruppe der Superreichen alleine aus Vermögenseinkommen, also aus Mieteinnahmen, Zinsen etc., monatlich gut 8.000 Euro. Das gilt nicht nur für Österreich sondern auch im globalen Kontext: Der Vermögensanteil der superreichen 0,1 Prozent der Bevölkerung steigt seit den 1990er Jahren drastisch. Laut Oxfam besitzen mittlerweile die acht wohlhabendsten Männer der Welt so viel wie ärmsten 50 Prozent auf unserem Planeten.

Wer hat, dem wird gegeben

Die wichtigste Quelle für die wachsende Ungleichheit sind Erbschaften. In Österreich können 40 Prozent der gemessenen Vermögensungleichheit auf

Erbschaften zurückgeführt werden. Die Unterschiede im Einkommen erklären nur 20 Prozent und sind damit nur halb so relevant.

Das zeigt, dass die großen Vermögen nicht durch individuellen Fleiß zustande kommen, sondern dass die soziale Herkunft viel wichtiger ist. So liegt die durchschnittliche Erbschaft im reichsten Prozent bei 3,3 Millionen Euro. Bei den ärmeren 40 Prozent der Bevölkerung liegt der Wert bei ca. 16.000 Euro. Auch an den Chancen, überhaupt eine Erbschaft zu erhalten, zeigt sich der Unterschied. Bei den reichsten zehn Prozent erben sieben von zehn Personen, bei den ärmeren 40 Prozent nur eine von zehn Personen. Diese Zahlen machen klar: Wer hat dem wird gegeben. Erben ist keine Leistung. Dieser Meinung sind laut Umfragen auch Dreiviertel der ÖsterreicherInnen.

Stimmt das Verhältnis noch?

Der Abstand zwischen den mittleren Gehältern von MitarbeiterInnen und denen von ManagerInnen wächst rasant. In den wichtigsten börsennotierten Unternehmen verdienten 2003 in Österreich Vorstände das 20-fache des mittleren Einkommens, 2015 war es schon das 51-fache. Anders gesagt: Ein ATX Manager verdient im Schnitt 1,5 Millionen Euro brutto im Jahr oder 110.000 Euro im Monat. Das mittlere Einkommen liegt bei 2.125 Euro brutto im Monat.

Welchen Einfluss ein derartig hohes Einkommen mit sich bringt, zeigt das Beispiel von KTM-Vorstand Stefan Pierer. Er hat nicht nur der ÖVP mehr als 430.000 Euro gespendet, sondern er finanziert zusammen mit anderen GroßunternehmerInnen auch den marktradikalen Think Tank „Agenda Austria“. Zwei Beispiele dafür, wie man mit Geld die eigenen Interessen befördern und mit Vermögen aktiv in die politische Landschaft eingreifen kann

DER AUTOR:

Georg Hubmann ist Sozialwissenschaftler und Leiter des Marie Jahoda-Otto Bauer Instituts. www.jbi.or.at



Gleichheit ist Glück

Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt, das bestätigen 83 Prozent der Bevölkerung in Umfragen. Viele Studien zeigen, dass der größte Profiteur einer gerechten Verteilung die Gesellschaft selbst ist. Soziale Spannungen, die Lebenserwartung, Gesundheit, Bildung, Geburtenrate, Verbrechensrate und vieles mehr stehen in einem direkten Zusammenhang zur Verteilung von Vermögen und Einkommen. Klar ist, je gerechter die Verteilung ist, umso glücklicher und gesünder sind die Menschen. Das Zusammenleben funktioniert schlicht und einfach besser und mehr Gleichheit ist ein Garant für Zusammenhalt. Der soziale Ausgleich bringt Chancen für alle, unabhängig von der Herkunft, und gibt soziale Sicherheit.

Das Ziel für mehr Gleichheit in allen gesellschaftlichen Dimensionen zu sorgen, hat sich auch die Stadt Göteborg gesetzt. Dort ist der Einsatz für eine gleiche Gesellschaft zur obersten politischen Leitlinie erhoben worden, egal ob es um die soziale Durchmischung, um die Infrastruktur, die Verkehrspolitik oder um die Unterschiede im Einkommen geht: Der sozialdemokratischen Bürgermeisterin Ann-Sofie Hermansson geht es darum, mehr Gleichheit und damit bessere Lebensbedingungen zu schaffen.

Was zu tun ist

Es gibt viele Stellschrauben, an denen es zu drehen gilt, um den Feu-

dalismus des 21. Jahrhunderts zu überwinden. Verteilungsfragen müssen ins Zentrum der politischen Debatte rücken. Künftige Entscheidungen (ob lokal, europäisch oder global) müssen wir daran messen, ob sie gerechte Chance für alle Lebensentwürfe garantieren oder die vorhandenen Benachteiligungen weiter einzementieren. Da die ungleiche Verteilung bereits ein so großes Maß erreicht hat, helfen hier nur wirklich progressive Steuern die zumindest europaweit eingeführt werden. Warum Milliardenvermögen nicht mit 10 Prozent besteuern? Wer 10 Milliarden hat, wird auch mit 9 noch glücklich werden. Warum nicht

neben einem Mindesteinkommen auch über ein Maximaleinkommen nachdenken? Niemand wird sich ernsthaft auf die Seite einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aus dem Mittelalter stellen, die dafür sorgt, dass wir in einem oligarchischen System leben. Denn die größte Profiteurin einer gerechten Verteilung ist die Gesellschaft selbst. Klar ist also, je gerechter Vermögen und Einkommen verteilt sind, umso glücklicher ist unsere Gesellschaft.

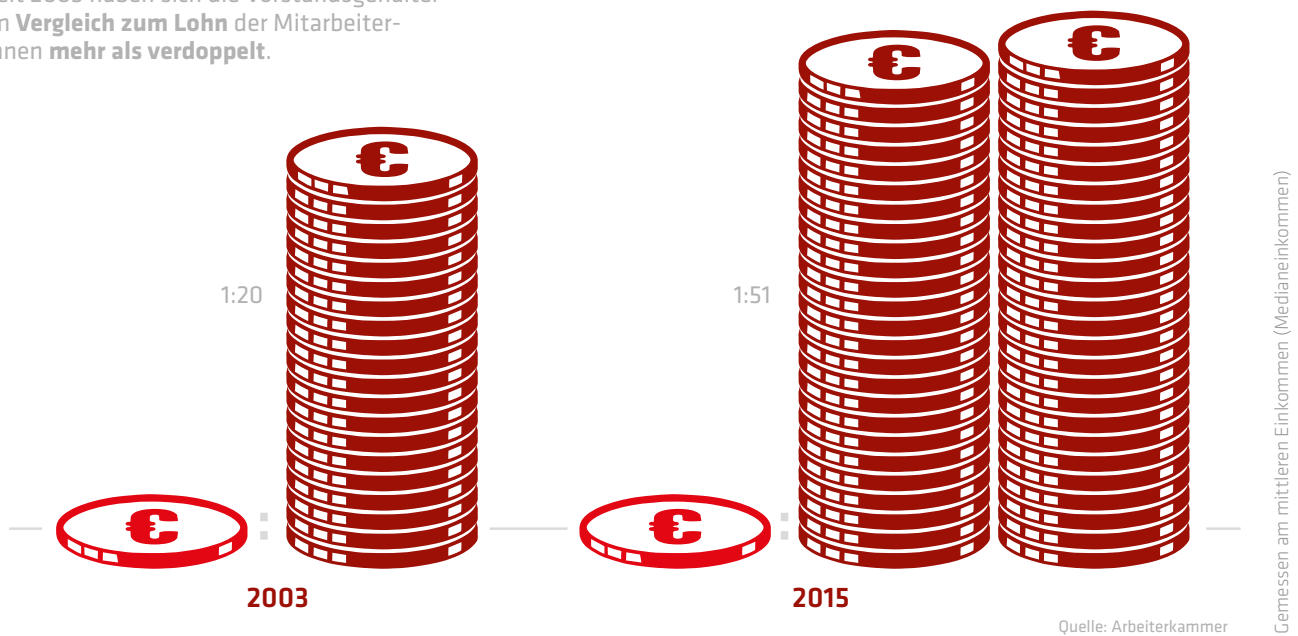
WEITERE INFORMATIONEN:

- Zahlen, Daten und Fakten zur Verteilungsgerechtigkeit: www.verteilung.at
- Mythen rund um den Reichtum: www.reichtumsmythen.at
- Rufseminar Verteilungsgerechtigkeit beim Renner Institut OÖ.

Diese Infografik über Managergehälter zeigt klar das herrschende Ungleichgewicht, das über den Lohnzettel erzeugt wird.

STIMMT DAS VERHÄLTNISS NOCH?

Seit 2003 haben sich die Vorstandsgehälter im Vergleich zum Lohn der MitarbeiterInnen **mehr als verdoppelt**.



Der Abstand zwischen den mittleren Gehältern von MitarbeiterInnen und den ManagerInnen wächst rasant. In den wichtigsten börsennotierten Unternehmen verdienten 2003 in Österreich Vorstände das 20-fache des mittleren Einkommens, 2015 war es schon das 51-fache. Anders gesagt: Ein ATX Manager verdient im Schnitt 1,5 Millionen Euro brutto im Jahr oder 110.000 im Monat. Hingegen verdienen 50% der ArbeitnehmerInnen weniger als 2125 Euro brutto im Monat. Eine verpflichtende Kopplung der Vorstandsgehälter an die Einkommen der Angestellten (z.B.: 1:12) bringt mehr Gerechtigkeit. Außerdem sollten Vorstände entlang nachhaltiger Erfolgskriterien bezahlt werden, dazu zählen etwa die Zufriedenheit der MitarbeiterInnen und KundInnen sowie der langfristige Geschäftserfolg.

**Vorstandsgage an
MitarbeiterInnengehälter
koppeln!**

Entwicklungspolitik könnte Migration eindämmen

Es braucht langfristig wirksame Maßnahmen, die gesetzt werden müssen, um die internationalen Wander- und Fluchtbewegungen zu reduzieren.

JUTTA KEPPLINGER

Menschen die flüchten, haben eines gemeinsam – egal, ob sie ihr Land aufgrund kriegereischer Auseinandersetzungen, politischer Repressionen, Umweltkatastrophen oder wirtschaftlicher Not verlassen. Sie sehen in ihrem eigenen Land keine Zukunft für sich und ihre Familie und keine Chance auf Verbesserung ihrer menschlichen Grundbedürfnisse – Nahrung, Unversehrtheit, Sicherheit, Freiheit vor Verfolgung. Es fehlt ihnen die Lebensperspektive. Sieht man sich die Fluchtherkunftsländer an, so haben auch sie sehr viel gemeinsam. Diese Länder sind oftmals demokratiepolitisch instabil, werden vielfach von korrupten politischen Eliten regiert oder sind gar Diktaturen. Es gibt keinen funktionierenden Rechtsstaat, der Voraussetzung für einen funktionierenden Sozialstaat ist. Hinzu kommt, dass gerade in Afrika viele Staaten, die ohnehin instabil sind, auch besonders von klimatischen Veränderungen betroffen sind. Das bringt verheerende Auswirkungen auf die land-

wirtschaftliche Produktion – die Lebensgrundlage der Menschen. Es gibt keine staatliche Hilfe, keine adäquate Krisenintervention. Internationale Handelspolitik, die nicht selten die lokale Produktion nachhaltig schädigt, tut ihr Übriges, um die Aussichtslosigkeit der Menschen vor Ort zu verstärken.

Betrügerische Propaganda

Welche Maßnahmen müssen also gesetzt werden, um die Fluchtbewegungen nach Europa zu reduzieren? Kurzfristig das wichtigste Ziel ist sicherlich der Kampf gegen Menschenhandel und Schlepper: Fast 90 Prozent der Flüchtlinge und Migranten haben bei ihren Grenzüberquerungen organisierte kriminelle Gruppen oder Menschenschleuser bezahlt. Das Leid der Menschen ist ein einträgliches Geschäft und wird durch entsprechende betrügerische Propaganda am Laufen gehalten. Den Menschen werden tolle Jobs und ein gutes Leben versprochen. Dem müssen ehrliche Informationen in Fluchtherkunftsländern entgegengesetzt werden. Und den organisierten Banden gehört das Handwerk gelegt.

Maßnahmen brauchen Zeit

Das Wichtigste ist es jedoch, in die Länder selbst zu investieren. Es gilt, Fluchtursachen präventiv entgegenzutreten und es muss vorausschauend dafür gesorgt werden, dass nicht weitere Länder in Krisen geraten und die Zahl der Flüchtlinge dadurch nochmals deutlich ansteigt. Dies gelingt nur durch eine langfristige politische, sozioökono-

DIE AUTORIN:

Jutta Kepplinger

ist Vizebürgermeisterin von Eferding und seit 2008 Projektkoordinatorin im „Parlamentarischen Nord-SüdDialog“, ein von der ADA (Austrian Development Agency) und dem Land OÖ finanziertes Projekt mit dem Ziel der Stärkung von Demokratie und „Good Governance“. Zudem ist sie ehrenamtliche Geschäftsführerin des „Nord-Süd-Institutes OÖ“, das sich bemüht, unter dem Aspekt der gelebten Solidarität, Projekte in den Ländern des Südens zu unterstützen und durch Veranstaltungen auf die Bedeutung und die unterschiedlichen Themen von EZA (Entwicklungszusammenarbeit) hinzuweisen.



mische und auch ökologisch nachhaltige Stabilisierung der betroffenen Länder. Und vor allem erfordert es, dass große Teile der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen partizipieren und somit das Leben in ihrem Land mitgestalten können.

Die Entwicklungspolitik verfügt über Instrumente, um solch inklusiven gesellschaftlichen Wandel zu fördern. Die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und Ausbildungsinitiativen – vor allem auch für junge Menschen – können einen wichtigen Beitrag zur Krisenprävention und Friedensförderung leisten. Alle diese Maßnahmen brauchen aber Zeit und entsprechende finanzielle Ressourcen, um ihre Wirkung entfalten zu können. Daher müssen Gelder heute zur Verfügung gestellt werden, um fluchtbedingte Migration von morgen zu verhindern.



Es braucht heute Investitionen in die Entwicklungspolitik, um fluchtbedingte Migration in Zukunft zu verhindern.

Chancenindex für faire Schule

Seit ihrer Gründung setzt sich die Sozialdemokratie für Chancengleichheit im Bildungssystem ein. Der Kampf um die Chancengleichheit ist aber aktueller denn je.

FRANZ TUREK

Schon der Schulreformer Otto Glöckel wies als Wiener Stadtschulratspräsident in den 1930er Jahren auf die großen Unterschiede und Ungerechtigkeiten im Bildungssystem hin. Viele seiner Reformvorschläge wurden in den vergangenen Jahren von der SPÖ in zähem Ringen gegen die ÖVP umgesetzt. Die gemeinsame LehrerInnenausbildung an Pädagogischen Hochschulen und das gemeinsame Dienstrecht für alle LehrerInnen seien erwähnt.

Die Einführung der gemeinsamen Schule aller zehn- bis fünfzehnjährigen Schülerinnen und Schüler wird von ÖVP und FPÖ weiterhin fundamental bekämpft. Für die ÖVP ist dies ein verständlicher Abwehrkampf für ihr WählerInnenklientel.

Bildung wird vererbt

Jede internationale Bildungsstudie aber auch der aktuelle nationale Bildungsbericht an den Nationalrat zeigen die sozialen Benachteiligungen im Bildungssystem in Österreich klar auf.

Bildung wird in Österreich auch heute immer noch in hohem Ausmaß vererbt. Leider spielen noch immer die soziale Lage, der Bildungsstand der Eltern und bei Kindern mit Migrationshintergrund, die gesprochene Umgangssprache eine starke Rolle bezüglich der Bildungschancen.

Das Marie Jahoda-Otto Bauer-Institut nennt in seinem Projekt zur Chancengerechtigkeit in der Bildung (www.gerechtebildung.jetzt) die Gesamtschule, die Ganztagschule und die bedarfsgerechte Finanzierung mittels Chancenindex als Gegenmittel zur Bildungsvererbung.

Im Bereich der Ganztagschule wurden in den vergangenen Jahren durch die BildungsministerInnen Schmied, Heinisch-Hosek und Hammerschmid große quantitative Fortschritte ermöglicht. Dadurch wurde das auch in Österreich nicht unerhebliche Stadt-Land-Gefälle bei der SchülerInnenbetreuung zugunsten der ländlichen Gebiete erheblich abgebaut.

Der Chancenindex als dritte Komponente für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem steht jetzt seit rund drei Jahren im Fokus sozialdemokratischer Bildungspolitik. Der Chancenindex soll Schulen mit starker sozialer Benachteiligung zu besserer Mittelausstattung verhelfen. Der Chancenindex ergibt sich aufgrund des Bildungsstandes der Eltern, des Familieneinkommens, der gesprochenen Umgangssprache und weiterer Sozialdaten.

„Neun Prozent der Volksschulen haben eine hohe soziale Benachteiligung.“

Österreich kann auch hier auf langjährigen – durchaus positiven – internationalen Erfahrungen aufbauen. Hamburg, Nordrhein-Westfalen, die Kantone Zürich und Bern, die Niederlande, Großbritannien und Kanada haben den Chancenindex seit mehr als zehn Jahren fix in ihre Bildungssysteme integriert – mit Erfolg!

Mit den Bildungsstandards wird auch in Österreich seit 2012 der Index der sozialen Benachteiligung jeder Volksschule, Neuen Mittelschule und der AHS-Unterstufe erhoben. In Österreich haben je neun Prozent der

Soziale Faktoren sind ausschlaggebend für die Bildungskarriere der Kinder. In Österreich herrscht da bei weitem noch nicht Chancengleichheit.

DER AUTOR:

Franz Turek ist Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen LehrerInnen in Oberösterreich.



Volksschulen eine hohe soziale Benachteiligung (Stufe 3) bzw. eine sehr hohe soziale Benachteiligung (Stufe 4).

Diese Schulen benötigen für individuelle Förderung, zusätzliche Sprachförderung, Klassenteilungen, zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer. Bundesministerin Sonja Hammerschmid hat im Schuljahr 2016/17 weitere Mittel für diese „Brennpunktschulen“ zur Verfügung gestellt. Die Rückmeldungen aus den Schulen sind äußerst positiv und sie wünschen sich eine gesetzliche Absicherung des Chancenindex.

Bundeskanzler Christian Kern hat gemeinsam mit Hammerschmid zusätzlich 5000 Lehrerinnen und Lehrer für ein faires und gerechtes Schulsystem angekündigt. Das ist der sozialdemokratische Weg zur Chancengleichheit für alle.



„Bewegung“ als PR-Gag

Im Juli prognostizierten die Meinungsforscher einhellig, dass Sebastian Kurz und die Volkspartei die anstehende Nationalratswahl gewinnen werden.

Aber was steckt wirklich politisch drin in „Sebastian“? Und sind damit Wahlen zu gewinnen?

BERND DOBESBERGER

Politische Bewegungen sind „in“, Parteien sind „out“ – so kann der aktuelle Trend in der politischen Landschaft zusammengefasst werden. Aus der alten Volkspartei wird eine Bewegung, auf gestandene Funktionäre folgt „Sebastian“. Emmanuel Macron und seine „République en Marche“ (Republik in Bewegung) gilt als Vorbild – nicht von ihren Inhalten her, aber vom Zugang und von der Organisationsform. Macron hat überlegen die Präsidentschaftswahl in Frankreich gewonnen und seine neugegründete Bewegung erzielte bei den nachfolgenden Parlamentswahlen einen Erdrutschsieg.

Gar nicht so neu

Wobei, so neu ist die Idee einer politischen Bewegung als Ersatz für traditionelle Parteien dann doch nicht. Bereits 1995 kündigte Jörg Haider an, dass aus der Freiheitlichen Partei die „F-Bewegung“ werden sollte. Aber bereits im Jahr darauf wurde der Rückzug angetreten und die FPÖ wiedergegründet. Auch die Gründung des „Bündnis Zukunft Österreich“ von Haider oder des „Team Stronach“ wurden von deren Repräsentanten damit erklärt, dass damit etwas ganz Neues entstehen würde. Gemeinsam war diesen Bewegungen ihre kurze Lebensdauer und, dass sie wahrlich keine Basisbewegungen waren. Es haben sich also nicht normale Bürger und Bürgerinnen organisiert um ihre politischen Interessen durchzusetzen. Das BZÖ von Haider war das Ergebnis einer Spaltung der Führungsclique der FPÖ und der milliardär Stronach hat sich eine Wahlbewegung gezimmert, die nach seinen (und nur nach seinen) Regeln funktionieren sollte.

Parteistruktur im Hintergrund

Nach einem vergleichbaren Muster ist nun die Bewegung des Sebastian

Kurz entstanden. Die „alte“ Bundesführung der Volkspartei ist wegen des fehlenden Rückhalts innerhalb der ÖVP abgetreten bzw. wurde abmontiert, an die Parteispitze kam ein Jüngerer. Das Unverbraachte repräsentiert er real nicht, denn er ist immerhin das längstdienende ÖVP-Regierungsmitglied. Sebastian Kurz ist Bundesparteiohmann der Volkspartei mit statutarisch festgeschriebenen Vollmachten, die ihm erlauben, Personal und Inhalte alleine festzulegen. Im Hintergrund baut Kurz also nach wie vor auf gestraffte Strukturen in der Volkspartei. Und gleichzeitig will er eine Bewegung anführen, die etwas völlig Neues sein soll. Die „Liste Sebastian Kurz“ ein reiner Marketinggag? Der Wahlkampf wird über die Parteistruktur aufgezogen. Insbesondere wird sich das Rennen um Vorzugsstimmen der Kandidaten und Kandidatinnen auf Wahlkreis- und Bundesländerebene in der VP-Struktur abspielen. Auch finanziell braucht Kurz die Mittel und Möglichkeiten der alten Volkspartei. Das groß beworbene und breit kommunizierte Spendenmodell hat bis Ende Juli etwa eine Viertelmillion Euro eingesammelt, allein im Mai 2017 hat die Volkspartei aber eine Dreiviertelmillion Euro für Plakate, Inserate usw. ausgegeben. Da hatte der wirkliche Kurz-Wahlkampf noch gar nicht begonnen.

Möglicherweise schlagkräftiger

Aber es gibt auch Indizien dafür, dass die Liste Kurz mehr sein könnte als die alte Volkspartei mit einem frischen Anstrich in Türkis. Bisher litt die Volkspartei beispielsweise massiv darunter, dass die erste Loyalität der FunktionsträgerInnen ihrer Landespartei oder ihrer Teilorganisation (Stichwort „Bünde“) galt und nicht der Gesamtpartei. Über das Recht von Kurz, die Bundesliste zu erstellen, über seinen Einfluss auf die

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ OÖ.



Landeslisten und mit dem eingebauten Vorzugsstimmenmechanismus auf Wahlkreisebene wird der Nationalratsklub der ÖVP – aller Wahrscheinlichkeit nach – in Zukunft stark verändert zusammengesetzt sein. Der bisher notwendige und oft mühselige Ausgleich zwischen Länder- und Bündeinteressen wird weitgehend entfallen, die Meinungsbildung wird daher rascher und einmütiger passieren können. Auf den ersten Blick wirkt das schlagkräftig und es könnte daraus tatsächlich mehr entstehen.

„Auch finanziell braucht Kurz die Mittel und Möglichkeiten der alten Volkspartei.“

In Österreich haben wir eine bemerkenswerte politische Lage: Praktisch alle sind unzufrieden! Die Abgehängten sind zu recht unzufrieden, denn sie fühlen sich im Stich gelassen. Die Mittelschicht hat – ebenfalls berechtigterweise – Abstiegängste. Und die Wohlhabenden und Reichen (die oberen fünf oder zehn Prozent) sind unzufrieden, weil der Abbau von Sozialleistungen nicht vom Fleck kommt, die Debatten um Vermögens- und Erbschaftssteuern nicht auf-

hören, der Arbeitsschutz weitgehend intakt ist usw. Diese Wohlhabenden und Reichen sahen traditionell in der ÖVP ihre politische Interessenvertretung und mit der sind sie massiv unzufrieden. Die Interessen von Landeshauptleuten, von Beamten, von Bauern und Selbständigen sollten da berücksichtigt und ausgeglichen werden. Schlagkräftig war das in den letzten Jahren ja wahrlich nicht. Mit Kurz könnte das ganz anders werden: populistisch im Auftritt – inhaltlich aber ausgerichtet an den Interessen der oberen zehn Prozent der Bevölkerung.

Nachweisen lässt sich das noch nicht. Kurz und seine neue Volkspartei legen sich in zentralen gesellschaftlichen und politischen Fragen bis heute nicht fest, erst für September sind programmatische Aussagen angekündigt. Aber es gibt Indizien dafür, dass die Kurz-VP eine Partei der Besitzenden werden soll. Zuerst ein ganz kleines Indiz, Stefan Pie-

rer – KTM-Chef, Industrieller und Investor – hat angekündigt, die bis Ende Juli 2017 eingesammelten Spenden für die Liste Kurz zu verdoppeln. Es ist wohl anzunehmen, dass Pierer dies auch deshalb tut, weil er seine Interessen bei Kurz gut aufgehoben sieht. Als weitere Indizien können manche Aussagen von Sebastian Kurz gelten – immer konnte er Fragen nach Inhalten nicht aus dem Weg gehen.

„Politik mit einer Stoßrichtung, die auch die Industriellenvereinigung verfolgt.“

Seine Forderung nach einer deutlichen Senkung der Steuerquote oder auch die Absicht, die „unfassbare Regulierungsdichte“ beseitigen zu wollen, zielen in

eine Stoßrichtung, die auch die Industriellenvereinigung verfolgt.

Massentaugliche Ansagen

Kurz und Co wissen aber auch, dass eine erfolgreiche konservative Partei mehr Stimmen braucht als die der obersten zehn Prozent der Vermögensbesitzer, daher ist auch ein massentaugliches Programm notwendig. Der Ruf nach dem Schließen der Mittelmeerroute, die Abwehr von Fremden, der behauptete Sozialbetrug von EU-Ausländern und ähnliche Ansagen sollen das liefern. Die vielen Unzufriedenen mit den kleinen und mittleren Einkommen sollen sich so beschützt fühlen, die Unzufriedenen mit den hohen Einkommen mit konkreter Politik berücksichtigt werden.

Eine Partei oder Bewegung mit einem derartigen Zuschnitt kann funktionieren, wenn ihre vorhandenen inhaltlichen und organisatorischen Widersprüche nicht deutlich sichtbar gemacht werden.



**Welches politische Programm ist drinnen in der zur Bewegung mutierten ÖVP mit Frontmann „Sebastian“?
Es gibt Indizien dafür, dass die Kurz-VP eine Partei der Besitzenden werden soll.**

Wie frei sind unsere Wahlen?

Das Internet ist scheinbar ein sicherer Hafen für all jene, die „Fake News“ produzieren. Es wird einiger Aufwand betrieben, um das politische Verständnis der Menschen bis in die Wahlkabine zu beeinflussen.

JOSEF WEIDENHOLZER

Es ist noch nicht lange her, als während des Arabischen Frühlings die sozialen Netzwerke gelobt wurden für die neuen Möglichkeiten, die sie Bürgern bieten, am demokratischen Prozess teilzunehmen. Damals hätte niemand gedacht, dass wir nun diskutieren, wie „Fake News“ Wahlen überall auf der Welt beeinflussen. Seit der amerikanischen Präsidentschaftswahl schafft es der Begriff regelmäßig in die Schlagzeilen, auch in Europa. Heuer wurden Fake News sogar zum „Anglizismus des Jahres“ gekürt. Die bewusst gestreuten Falschmeldungen arbeiten mit starker Bildsprache, Emotionen und Faktensuggestion.

In den USA profitieren die Fälscher von der politischen Polarisierung des Landes. Die Massenmedien sind parteiisch. In Österreich haben die Falschmeldungen eine ganz eigene Qualität. Wechselnde Koalitionen und sinkende Parteienbindung lassen kaum ein Massenphänomen wie in den USA zu. Die Verzerrung der Realität durch selbsternannte Nachrichtenseiten findet eher in Form von Internet-Hetze statt. Diese sind optisch professionell gemacht, aber ohne journalistische Ethik. Sie verbreiten Meldungen, die einerseits nicht realen Geschehnissen entsprechen und andererseits die Bevölkerung verunsichern, Ängste oder gar Hass schüren. Auf nächster Ebene wird die Hetze auf Facebook oder WhatsApp verbreitet. Emotionale Themen werden dort eher geklickt als

neutrale Nachrichten. Durch den Facebook-Algorithmus bekommen Beiträge mit starken Interaktionen dann noch mehr Reichweite. Mit wenigen Klicks baut sich ein Weltbild auf, das mit der Realität wenig zu tun hat. Häufig kommen diese Postings und Nachrichten aus der rechtsextremen Ecke, die eine Polarisierung nach amerikanischem Vorbild anstrebt. Zielscheibe sind Minderheiten, die diffamiert und für jegliche Probleme unserer Zeit verantwortlich gemacht werden.

Hilfe von Facebook & Co.

Ist es von den Internetnutzern zu viel verlangt zu hinterfragen, was sie sehen? Aktuelle Studien deuten darauf hin, dass viele Nutzer Schwierigkeiten haben Fake News zu erkennen. Das hat nichts mit Dummheit zu tun. Es ist eher so, dass politisch engagierte und überzeugte Nutzer am ehesten Gefahr laufen, auf Falschmeldungen hereinzufallen. Informationen, die genau zu unserem Weltbild passen, hinterfragen wir weniger. Außerdem werden Nachrichten, die über soziale Medien verbreitet werden, selten weiter als bis zur Überschrift gelesen. Deshalb ist es so wichtig, dass sich die Betreiber der Plattformen einmischen.

Im EU-Parlament haben es die Abgeordneten geschafft, die führenden Internetkonzerne am Kampf gegen Internet-Hetze und Fake News zu beteiligen. Facebook, Twitter, YouTube und

DER AUTOR

Josef Weidenholzer ist EU-Abgeordneter und Vizepräsident der europäischen S&D-Fraktion.



Microsoft haben sich bei der Erstellung von Regeln eingebracht, die besonders auf die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Netz abzielen. Die Verhaltensregeln bewirken erste Erfolge. Ein Zwischenergebnis zeigt, dass doppelt so viele regelwidrige Beiträge gelöscht wurden und das schneller als noch vor sechs Monaten. Verdächtige politische Beiträge kennzeichnet Facebook mit einem Warndreieck. Außerdem wurde das Feedback an jene Nutzer, die illegale Inhalte melden, verbessert. Google investiert derzeit viel in die Automatisierung der Fake News-Erkennung, Wahrheitsgehalt auf Knopfdruck quasi. Noch ist das Zukunftsmusik.

Zivilcourage gegen Hass

In Österreich hat die SPÖ bereits viel gegen die Bekämpfung von Hetze im Internet unternommen. Staatssekretärin Muna Duzdar hat eine öffentliche Meldestelle für Hasspostings ins Leben gerufen und will Bildungsangebote bereitstellen, die Frauen und Mädchen die nötigen Tools vermitteln um

Die Plattform „Fakten statt Hetze“ zeigt Falschmeldungen im Internet auf.

sich gegen sexistische Belästigung im Netz zu wehren. Zusätzlich soll es ab Herbst Ausbildungskurse zu „digitalen BotschafterInnen“ geben, um die Menschen dabei zu stärken Zivilcourage im Internet an den Tag zu legen. Prinzipiell hört die Hetze meist auf, wenn die Täter merken, dass das Opfer Unterstützung hat von anderen Usern, aber auch von den Medienbetreibern. Deshalb muss das Blockieren und Löschen der beanstandeten Inhalte schnell und transparent ablaufen. Doch es muss auch eine Möglichkeit geben Einspruch und Beschwerde einzulegen.

Oft besteht ein schmaler Grat zwischen unangenehmen, aber legalen Kommentaren und Hetze. Die Bestrafung von kriminellen Handlungen darf nicht zu einer Zensur von sozialen Plattformen, ihrer Liberalität oder Inklusion führen. Es ist wichtig, die Zivilgesellschaft in diesen Prozess einzubinden. Ein Parade-Beispiel dafür ist die

österreichische Bürgerinitiative „Fakten gegen Hetze“. Die Organisation widerspricht auf ihrer Facebook-Seite mit gut recherchierten Fakten „Fake News“ aus etablierten Medien ebenso wie Verleumdungen aus dem Internet. Gründer Richard Pichler kämpft für eine gesetzliche Handhabe, um gegen bewusst ge-

„Die Bestrafung von kriminellen Handlungen darf nicht zu einer Zensur von sozialen Plattformen, ihrer Liberalität oder Inklusion führen.“

streute Falschinformationen vorzugehen. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Freiheit des Internets und der Gesellschaft.

Es ist Zeit, dass wir begreifen, welche Chancen uns soziale Netzwerke bieten. Aber um sie zu nutzen, müssen wir die Demokratie stärken. Die Antwort kann keine rein technologische oder publizistische sein. Jeder muss den eigenen Medienkonsum und das eigene Umfeld hinterfragen. Dafür brauchen wir verantwortungsbewusste Bürger, die mutig dem Hass widersprechen. Diese Verantwortung kann nicht ausgelagert werden. Zivilcourage ist online ebenso wichtig wie offline. Die Wähler mit gefälschten Nachrichten zu täuschen, wird jedoch nach der Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Journalisten in den vergangenen Monaten deutlich schwieriger werden.

Renner Institut OÖ

Abschluss der Kommunalakademie 2016/2017

Die 5. OÖ Kommunalakademie wurde im Juni mit dem 6. Modul abgeschlossen. Das Feedback der TeilnehmerInnen fiel positiv bis enthusiastisch aus. „Sehr viel gelernt, manchmal auch Irritierendes, Selbstsicherheit gewonnen, neue Ansatzpunkte entwickelt, tolle TrainerInnen, spannende Kamingsprache, beste Betreuung durch das Renner Institut, fantastisches Netzwerk, harmonische Gruppe, praxisnahe Methoden und ähnliche mehr“ sind einige der Aussagen zur KommAk 5. Dass sich aus diesem Führungskräfte-Lehrgang des Renner Institutes immer wieder politische Talente herauskristallisieren, zeigt auch die aktuelle KandidatInnenliste für die National-

Gute Mischung aus bewährten und jungen Kandidatinnen

Holen, was den Frauen zusteht

Stark aufgestellt ist die SPÖ OÖ auch und vor allem bei den Frauen. Neue und erfahrenere Kandidatinnen aus unterschiedlichen Berufen, die sich mit vollem Elan für eine sozial gerechte Politik einsetzen und dabei ihren besonderen Fokus auf die Anliegen der Frauen legen, kandidieren für den Nationalrat an wählbarer Stelle.

„Gemeinsam sind wir stark, gemeinsam sind wir viele und gemeinsam werden wir dafür kämpfen, dass endlich Schluss ist, mit den ungerechten, geschlechtsspezifischen Unterschieden!“, betont Landesfrauenvorsitzende LAbg. Sabine Promberger.

Renner Institut OÖ

Perspektive verändern - Horizont erweitern - Potenziale entdecken

Wie die Veränderung der Perspektive durch einen Ortswechsel auch die Sicht auf den (politischen) Alltag verändern kann, erlebten SPÖ-Funktionärinnen auf der Frauenreise nach Triest. Gemeinsam mit Trainerin Regina Hauser stürzten sie sich in ein unbekanntes Abenteuer und lernten dabei sich selbst besser kennen. „Mir hat gefallen, dass ich mich in der Gruppe neu erfinden kann,“ stellte eine Teilnehmerin am Ende der vier Tage fest. Der Schwerpunkt des Trainings während der Reise war, die – oftmals – schlummernden Potenziale und aktuellen Bedürfnisse der teilnehmenden Frauen zu entdecken. Zusätzlich konnte ein Netzwerk gesponnen werden, das den künftigen Austausch und die direkte Kommunikation untereinander erleichtert.



Nach fast einem Jahr und sechs intensiven Modulen wurde die OÖ Kommunalakademie Mitte Juni 2017 abgeschlossen. Die AbsolventInnen konnten viel für sich mitnehmen und starten motiviert und kompetent in ihre weitere politische Zukunft.

ratswahl: Beinahe die Hälfte der KommAk-AbsolventInnen hat einen Platz auf einer Bezirks-, Wahlkreis- oder der Landesliste.



Durch die Mehrfachbelastung ist es Funktionärinnen oft schwer möglich abzuschalten. Beim Gehen und Schweigen in der Karstlandschaft wurde Kraft getankt.

Informationen zur nächsten SPÖ-Frauenreise im Frühjahr 2018 gibt es bei Annemarie Obermüller (annemarie.obermueller@spoe.at oder 05/7726-1136). Das Renner Institut organisiert das Training, die Teilnehmerinnen finanzieren die Reise und die Trainerin selbst.

Junge Generation Oberösterreich

Jung. Politisch. Aktiv.

Junge Teilhabe – ein zentraler Forderungspunkt der Jungen Generation. Eva-Maria Holzleitner, JG-Landesvorsitzende und Jugendkandidatin auf Listenplatz zwei der SPOÖ für die Nationalratswahl, ist die Beteiligung und Einbindung junger Menschen in der Politik ein großes Anliegen. „Es ist wichtig, wieder mehr Junge zu begeistern und zu interessieren. Der Politikprozess sollte sich weiter öffnen, um Teilhabe möglich zu machen.“, so die 24-Jährige. Passieren könnte das auf verschiedene Weise, wie zum Beispiel durch das Erleben von Politik LIVE, wo der Besuch von Plenartagen im Nationalrat, Landtag oder Gemeinderatssitzungen beworben wird, durch den verstärkten Kontakt und Auftritt von Abgeordneten durch Fragestunden oder Jugendparlamente. Ein weiterer zentraler Punkt, um wirklich alle Jugendliche zu erreichen, ist die Einführung eines eigenen Schulfaches „Politische Bildung“. Es ist unumgänglich, diese große Bevölkerungsgruppe in politische Prozesse einzu-

**Eva-Maria Holzleitner,
JG-Landesvorsitzende und
Jugendkandidatin auf Listen-
platz zwei der SPOÖ für
die Nationalratswahl.**



binden, da die Entscheidungen von heute, morgen auch die Jugend betreffen. Das zweite große Thema der Jungen Generation bedient den sozialdemokratischen Ursprung – Arbeit. Gerade auch junge Menschen sehen sich besonderen Herausforderungen in der Arbeitswelt gegenüber. Der Wunsch nicht nur nach Weiterbildung und gerechter Entlohnung ist groß, sondern auch nach einer lebenswerten „work-life-balance“.

Renner Institut OÖ

Workshops und Seminare für den Wahlkampf

Um die Kandidatinnen und Kandidaten aber auch die örtlichen WahlmanagerInnen für die Nationalratswahl bestmöglich zu unterstützen, hat das Renner Institut OÖ den ganzen Sommer über Workshops und Seminare mit Wahlkampf-Schwerpunkt angeboten. Von Interview-Trainings über Kampagnen-Know-How bis zu social media-Kompetenz gab es eine Vielzahl von Angeboten, die erfreulicherweise rege und intensiv genutzt wurden. Von daher steht einem Wahlerfolg im Oktober nichts mehr im Wege.



Interview- und Medientraining: Das Agieren und Argumentieren vor der Kamera und der Umgang mit informierten Fragestellern müssen geübt werden.

Jahoda-Otto Bauer Institut

Lebenslagen

Unter dem Titel „So leben wir in Oberösterreich“ haben wir in einer neuen Broschüre die wichtigsten Kennzahlen, Daten und Fakten in den Bereichen Arbeit, Bildung oder Gleichberechtigung zusammengefasst.

Hinter allen diesen Zahlen, Daten und Fakten in unserer Analyse verbergen sich Lebensgeschichten. Die Geschichten von Menschen in Oberösterreich, die ihre Wünsche und Träume von einem erfüllten Leben umsetzen möchten. Das ist nicht immer so einfach, denn wenn 51.438 Menschen keine Arbeit finden, wenn nur 3,6 Prozent der Kinder eine Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung steht, die den VIF-Kriterien (also entsprechende Öffnungszeiten) entspricht und Frauen in Oberösterreich am zweitwenigsten verdienen, so geht es dabei um einzelne Menschen, die nicht jene Chancen und Möglichkeiten haben die wir als Gesellschaft aber allen garantieren sollten.

Die Broschüre gibt es zum Download auf www.jbi.or.at/lebenslagen oder zum Bestellen unter office@jbi.or.at



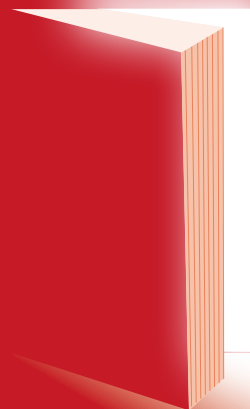
Die neue Broschüre mit den wichtigsten Kennzahlen, Daten und Fakten in den Bereichen Arbeit, Bildung oder Gleichberechtigung.

Renner Institut OÖ

Das neue Bildungsprogramm

Das Bildungsprogramm 2017/2018 des Renner Institutes Oberösterreich ergeht dieser Tage an alle Mitglieder, FunktionärInnen und MandatarInnen der SPÖ mit der Zeitung „Freundschaft“. Das Bildungsprogramm bietet neben Standardseminaren wie Rhetorik oder Geschichte der Sozialdemokratie auch Workshops zur Persönlichkeitsbildung, Seminare zur Parteiarbeit sowie Überlegungen, wie sich die SPÖ und ihre AktivistInnen verändern und erneuern können. Ein Seminartitel trifft es auf den Punkt: Alte Denkmuster verlassen. „Das bedeutet keineswegs, dass alte Werte und Tugenden über den Haufen zu werfen sind, vielmehr geht es darum, uns selbst aus eingefahrenen Gleisen zu befreien,“ erläutert Landesstellenleiterin Annemarie Obermüller die Intention dieses Workshops. Ähnlich verhält es sich mit der Öffentlichkeitsarbeit, die angesichts von social media neu gedacht werden muss. Oder der effektiven und effizienten Arbeit in Minderheitsgemeinden, die eine gute Portion Courage und Kreativität erfordert.

Das RI Bildungsprogramm kann gern bestellt werden bei alexandra.kneidinger@spoe.at oder 05/7726-1116.



BILDUNGSPROGRAMM 2017/2018



Standardseminare und neue Ansätze für SPÖ-AktivistInnen bietet das aktuelle Bildungsprogramm des Renner Institutes Oberösterreich.

C
CENTRAL
**DER IM HERZEN
VERAN- VON LINZ
STALTUNGS- ORT**
OFFICE@CENTRALLINZ.AT
WWW.CENTRALLINZ.AT

INFORMATIONEN ZUR VERMIETUNG UNTER WWW.CENTRALLINZ.AT
TICKETS ZU UNSEREN VERANSTALTUNGEN SIND ERHÄLTICH
UNTER WWW.OETICKET.COM &
IN DEN Ö-TICKETVORVERKAUFSSTELLEN
(SATURN, LIBRO, RAIFFEISENBANKEN, SPARKASSE PROMENADE, RUEFA REISEN,...)

oeticket.com

DO
21.09.
19:00

WERNER GRUBER

WIE LANGE BRAUCHT ES BIS
EIN GEDANKE ENTSTEHT

Physikvortrag // VVK 25 € // AK 28 €

DO
12.10.
20:00

BLÖZINGER

ERICH

Kabarett // VVK 21 € // AK 24 €

DO
09.11.
20:00

AUSTROFRED

ACADEMY

Musik, Vortrag // VVK 21 € // AK 24 €

DO
07.12.
20:00

BLONDER ENGEL

& Hedwig Haselrieder Kombo

DA REST IS GESCHICHTE

Musikkabarett // VVK 25 € // AK 28 €

DO
14.12.
19:00

WERNER GRUBER

DER PHYSIKALISCHE
WEIHNACHTSKALENDER

Physikvortrag // VVK 25 € // AK 28 €

Tips
Total
regional.

// mehr Informationen unter www.centrallinz.at